

Antrag 130/I/2019**AG Migration und Vielfalt LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Seenotrettung ist kein Verbrechen**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder im Bun-
 2 destag, Bundesregierung und Europaparlament auf, sich
 3 umgehend für folgende Ziele einzusetzen:

- 4
- 5 1. Solidarisierung mit allen Menschen auf der Flucht
 - 6 2. Schaffung von sicheren Fluchtwegen auf deutscher
7 und europäischer Ebene
 - 8 3. Menschenwürdige Aufnahme in Europa für Men-
9 schen, die fliehen mussten
 - 10 4. Entkriminalisierung von Seenotretter*innen

11

12 Wir begrüßen die Bemühungen des Berliner Senats aus-
 13 drücklich, Berlin als sicheren Hafen anzubieten.

14

15 Um mittelfristig der Migration von Geflüchteten weltweit
 16 gerecht zu werden, bedarf es umfassender Reformen auf
 17 europäischer Ebene.

- 18
- 19 Dazu zählen:
- 20 • ein humanitäres Seenotrettungsprogramm der EU,
21 das nicht vom Militär getragen wird und nicht mehr
22 die Seenotrettung libyschen Söldner*innen über-
23 lässt
 - 24 • Ein neues Dublin-System, das Anrainer entlastet
25 und für eine gleichmäßige Verteilung sorgt
 - 26 • eine breite europäische Debatte mit dem Ziel eines
27 europäischen Asyl- und Einwanderungsgesetzes
 - 28 • die Einrichtung eines europäischen Integrations-
29 fond, um alle Mitgliedsländer in die Lage zu verset-
30 zen, eingewanderten und geflüchteten Menschen
31 ein Recht auf Integration zu ermöglichen

32

33

34 **Begründung**

35 Aktuell (26.1.2019) befindet sich genau noch ein ziviles Ret-
 36 tungsschiff auf dem Mittelmeer, um Menschen in See-
 37 not zu retten. Alle anderen Schiffe wurden entweder be-
 38 schlagnahmt oder haben durch behördliche Gängelungen
 39 in Italien, finanzielle Schwierigkeiten. In der Zwischenzeit
 40 sind in der ersten Januarhälfte über 200 Menschen im
 41 Mittelmeer ertrunken. Statt Menschen auf dem Mittel-
 42 meer sterben zu lassen, brauchen wir mehr sichere Häfen,
 43 mehr solidarische Städte und ein offenes Europa und ein
 44 Ende der Kriminalisierung von Seenotretter*innen.

45

46 Es muss die Einsicht in Partei und Gesellschaft greifen,
 47 dass Abschottung, Menschen nicht davon abhält, den ge-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Der Landesparteitag möge beschließen:
Sofortige Wiederaufnahme der Marinemission "Sophia"
und sofortige Entkriminalisierung von Seenotrettung

Die SPD Berlin verurteilt, in Bestätigung unserer Beschluss-
 lage, den nationalen Alleingang Italiens und fordert die
 sofortige Wiederaufnahme der Marinemission "Sophia".
 Gleichzeitig wiederholt die SPD Berlin ihre Forderung nach
 einer Entkriminalisierung aller Seenotretter*innen. Die
 SPD Berlin steht solidarisch mit Menschen auf der Flucht.

Das Ende jeglicher Seenotrettung auf dem Mittelmeer ist
 das Ende der Humanität Europas und ein Widerspruch zu
 den viel beschworenen Werten Europas. Die SPD Berlin
 hält das Ziel des Berliner Senats, Berlin zu einem siche-
 ren Hafen zu machen, um Menschen aus Seenot aufzu-
 nehmen, für wichtig. Gleichzeitig fordern wir alle Kom-
 munen in Europa auf, dem Beispiel Berlins und anderer
 Städte zu folgen. Wir fordern von der EU ein neues Dublin-
 System, das Anrainer entlastet und für eine gleichmäßi-
 ge Verteilung sorgt. Auf Grundlage der Seebrücke kann
 eine neue EU-Rettungsmission sofort beginnen, um aus
 Seenot gerettete Geflüchtete in Europa aufzunehmen. Die
 Einquartierung Geflüchteter in libyschen Unterkünften ist
 mit den humanitären Werten Europas schlicht nicht ver-
 einbar.

Begründung:
 Es muss die Einsicht in Partei und Gesellschaft greifen,
 dass Abschottung, Menschen nicht davon abhält, den ge-
 fährlichen Fluchtweg über das Mittelmeer anzutreten -
 auch wenn viele, dieses Weg nicht überleben. Menschen
 zur Abschreckung sterben zu lassen, kann niemals mit den
 humanistischen Werten Europas vereinbar sein!

Darüber hinaus muss die EU im Bereich Flucht und Ein-
 wanderung grundlegend reformiert werden. Es ist nur ei-
 ne Frage der Zeit, bis die Aufnahme von Geflüchteten nach
 dem aktuellen Dublin-III-System wieder zu einer Überfor-
 derung in den Anrainerstaaten führen wird - wie Mitte
 dieses Jahrzehnts; spätestens dann, wenn die Türkei das
 Abkommen mit der EU nicht mehr einhalten will. Die ak-
 tuelle Instabilität der Türkei (wirtschaftliche und politi-
 sche) sollte deshalb Anlass genug sein, für Reformen zu
 sorgen.

48 fährlichen Fluchtweg über das Mittelmeer anzutreten -
49 auch wenn viele, diesen Weg nicht überleben. Menschen
50 zur Abschreckung sterben zu lassen, kann niemals mit den
51 humanistischen Werten Europas vereinbar sein!

52

53 Darüber hinaus muss die EU im Bereich Flucht und Ein-
54 wanderung grundlegend reformiert werden. Es ist nur ei-
55 ne Frage der Zeit, bis die Flüchtlingsaufnahme nach dem
56 aktuellen Dublin III System wieder zu einer Überforderung
57 in den Anrainer Staaten führen wird - wie Mitte dieses
58 Jahrzehnts. Spätestens dann, wenn die Türkei das Abkom-
59 men mit der EU nicht mehr einhalten wird können. Die
60 aktuelle Instabilität der Türkei (wirtschaftliche und politi-
61 sche) sollte deshalb Anlass genug sein, für Reformen zu
62 sorgen.